

Firmungstr. 27
Ecke Jesuitenplatz
Fernsprecher 1638.

Die amtlichen Berichte.

11. Großes Hauptquartier, 18. Mai. Amtlich. (W.T.B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Opatowitz am Kanal bei Steenstraale und bei Sas herrschte gestern Ruhe; auf dem östlichen Kanal-ufer südlich Boesinghe entwickelten sich an einzelnen Stellen Kämpfe, die noch fortbauern.

Südlich von Neuve Chapelle versuchten die Engländer gestern und heute nacht vergeblich weiteren Boden zu gewinnen. Alle Angriffe wurden unter starken Verlusten für den Feind abgewiesen.

Erneute französische Angriffe an der Poretthöhe, bei Ablain und westlich Souchez scheiterten. 170 Gefangene blieben in unserer Hand.

Bei Ailly kam der Infanteriekampf zum Stillstand. Ein französischer Vorstoß im Priesterwalde brach in unserem flackernden Feuer zusammen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Dufissa wurden in Gegend Stragola wiederum starke feindliche Angriffe abgewiesen. Gegen die südlich des Nijemen herangeführten russischen Kräfte gingen unsere Truppen in allgemeiner Richtung Grzeszabuda-Syntowit-Szaki zum Angriff vor. Die Kämpfe dauern noch an. Gestern wurden 1700 Russen gefangen. Nördlich der Wyfola warf unsere Kavallerie die feindliche. Russische Angriffe auf Mariampol scheiterten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Przemysl, von südlich Jaroslau bis zur Einmündung des Wisla in den San, haben sich deutsche und österreichisch-ungarische Truppen den Uebergang über den San erlumpft. Der Gegner geht hier weiter nach Osten und Nordosten zurück. Zwischen Pilica und oberer Weichsel (bei Alja und Lagow), südlich Przemysl, sowie in der Gegend von Tarnobrzeg sind seit gestern größere Kämpfe im Gange.

Oberste Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 19. Mai
(W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nördlich von Opatowitz nahmen die Kämpfe auf dem östlichen Kanalufer einen für uns günstigen Verlauf. Südlich von Neuve Chapelle setzten die Engländer nach starkem Artilleriefeuer an einzelnen Stellen zu neuen Angriffen an. Sie wurden überall abgewiesen. Auf der Poretthöhe nahmen wir einige feindliche Gräben und erbeuteten dabei zwei Maschinengewehre. Ein starker französischer Angriff gegen den Südteil von Neuville brach unter schwersten Verlusten für den Feind in unserm Feuer zusammen. Im Priesterwald versuchten die Franzosen um Mitternacht vorzubrechen, wurden aber durch unser Artilleriefeuer niedergehalten.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Aus der Linie Shagori-Frauenburg sind gestern stärkere feindliche Kräfte angetreten. Nördlich und südlich des Nijemen dauern die Kämpfe weiter an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Die Russen versuchten gestern das weitere Vordringen unserer über den San (nördlich Przemysl) vorgehenden Truppen durch Gegenangriffe aufzuhalten. Alle diese Angriffe scheiterten unter schweren Verlusten für den Feind. Ein aus Hannoveranern und Oldenburgern bestehende Division hat in den letzten beiden Tagen bei den Kämpfen um den San-Uebergang 7000 Gefangene gemacht, sowie vier Geschütze und 28 Maschinengewehre erbeutet. Zwischen Pilica und oberer Weichsel, sowie südlich Przemysl werden die Kämpfe fortgesetzt.

Oberste Heeresleitung.

174 000 Gefangene in der ersten Maihälfte.

Wien, 18. Mai. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart vom 18. Mai, mittags: Die verbündeten Truppen hatten nach erbitterten Kämpfen an mehreren Stellen den San forcirt und am Ostufer des Flusses Fuß gefaßt. Gegenangriffe der Russen wurden überall blutig abgewiesen, der Feind in östlicher Richtung zurückgeworfen. Am oberen Dniestr sind heftige Kämpfe im Gange. An der Pruthlinie keine besondern Ereignisse. Vereinzelt Vorstöße der Russen nördlich Kolomea wurden abgewiesen. Die Gesamtsumme der in der ersten Hälfte Mai eingebrachten Gefangenen hat sich auf 174 000 Mann erhöht. Hierzu kommen 128 erbeutete Geschütze und 368 Maschinengewehre.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Kaiser auf dem Kriegsschauplatz.

Berlin, 19. Mai. (W.T.B. Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern den Kämpfen beim Ueberqueren des San-Abchnittes auf dem Gefechtsstand eines Generalkommandos und später einer Division bei.

Die italienische Kriegsgefahr.

Des ungarischen Ministerpräsidenten letztes Wort.
Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat am Montag auf eine Anfrage des Oppositionellen Grafen Andrássy Ministerpräsident Graf Tisza eine Erklärung über die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien abgegeben. Er führte aus:

„Die Monarchie hat in der Tat territoriale Anerbietungen an Italien gemacht zum Zwecke der Sicherung der dauernden Neutralität Italiens. (Zustimmung.) Zu diesem Schritte sind wir, die wir für die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlich sind, durch die Ueberzeugung bewegt worden, daß die ständige Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien sowohl den dauernden großen Lebensinteressen der Monarchie wie denjenigen Italiens entspricht. (So ist es!) Diese großen Lebensinteressen erfordern es, daß wir selbst um den Preis schwerer Opfer, die durch die Erschütterungen des gegenwärtigen Krieges emporgeworfenen Reibungspunkte aus dem Wege des gemeinsamen, guten, freundschaftlichen Verhältnisses zu räumen trachten müssen. (Allgemeine Zustimmung.) Da wir uns überzeugt haben, daß die Befestigung der Reibungspunkte, das Hervorrufen eines solchen Seelenzustandes, der die Voraussetzung einer dauernden, aller Hintergedanken baren Freundschaft ist, lediglich um den Preis solcher territorialer Zugeständnisse erreicht werden kann, haben wir auch diesen Weg betreten, im vollen Bewußtsein der Schwere des gebrachten Opfers, im vollen Bewußtsein der auf uns lastenden großen Verantwortung, aber nicht zu taktischen Zwecken, nicht zur Ueberwindung augenblicklicher Schwierigkeiten (allgemeine lebhafteste Zustimmung), sondern von der Ueberzeugung durchdrungen, dadurch in Wahrheit den ständigen Interessen unserer Vaterlandes und damit der Monarchie zu dienen. (Zustimmung.) Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß dieses Vorgehen der Regierung die Zustimmung der öffentlichen Meinung findet (so ist es!), schon deshalb, weil ich hoffe, daß auch die ungarische öffentliche Meinung unsere Interessen ebenso auffaßt, wie sie zu meiner großen Freude der Herr Interpellant in einer mit unserer Ueberzeugung völlig übereinstimmenden Weise zum Ausdruck gebracht hat; aber auch in der Ueberzeugung, daß aus den Herzen der ungarischen Nation die Gefühle der Sympathie und Freundschaft nicht geschwunden sind, die der italienischen Nation gegenüber bei uns so lange Zeit hindurch bestanden haben. Ich hege die Ueberzeugung, daß, wenn es einlät, die vorhin erwähnten Reibungspunkte zu beseitigen und sichere Grundlagen einer ständigen Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien zu schaffen, die Sympathie der Seelen und die Annäherung der Gefühle zu neuer Kraft gedeihen werden, die zwischen der ungarischen und der italienischen Nation so geraume Zeit hindurch gewaltet haben.“

Das Abgeordnetenhaus nahm die Erklärungen des Ministerpräsidenten, die als das letzte Wort aufzufassen sind, das von österreichisch-ungarischer Seite an die Adresse der italienischen Regierung und des italienischen Volkes noch zu sagen war, unter einstimmiger Billigung entgegen. Es ist nun die Antwort abzuwarten, die der in seinem Amte verbliebene Salandra in der italienischen Kammer am Donnerstag abgeben wird. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ hat sich der italienische Ministerrat bereits mit den Mitteilungen beschäftigt, die er dort machen wird.

Inzwischen wächst die Kriegsgefahr in Italien noch fortgesetzt. Nach den Äußerungen der Anhänger der Kriegspartei und ihrer Presse ist der Krieg sicher. Auch andere Kreise sind jetzt von der Kriegsstimmung erfasst. Giolitti und seine wenigen Anhänger verhalten sich gänzlich passiv, so daß man erwartet, daß auch das Parlament auf die Seite der Regierung treten wird.

In Oesterreich-Ungarn sieht man ebenso wie bei uns der Entwicklung der Dinge mit gelassener Ruhe entgegen. Nichts, was geschieht, wird uns und unsere Bundesgenossen überraschen.

Das italienische Parlament hat das Wort.

Der „Luz. Tagesanzeiger“ meldet aus Rom: Der Ministerrat hat beschlossen, die Entscheidung dem am 20. d. M. zusammentretenden Parlament vorzubehalten.

Aufruf der sozialistischen Fraktion in Italien.

Die italienische sozialistische Kammerfraktion hat sich in einem Aufruf an die Arbeiter Italiens gewendet. Sie protestiert darin aufs energischste gegen die kriegsbehebenden Parteien und die dem Kriege zustehende Regierung und bezeichnet diese wie jene als Verräter.

Ein neuer Ministerrat.

Wien, 18. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet über Chiasso: Für heute Abend 9 Uhr ist ein neuer Ministerrat einberufen worden.

Der Reichskanzler über Italien.

Die vierte Kriegstagung des Reichstages.
Vertagung in Erwartung der italienischen Entscheidung.

© Berlin, 18. Mai.

Kürzer, aber auch bedeutungsvoller, als man es vorher gedacht hatte, ist die Tagung des Reichstages gewesen. Sie hat nur ¼ Stunde gedauert, aber die Erklärung, die der Reichskanzler über die Beziehungen zu Italien in ihr abgegeben hat, hebt die Sitzung weit über den Rahmen anderer hinaus.

Die Ueberraschung war allgemein, als bald nach 2 Uhr Herr von Bethmann Hollweg im Sitzungssaal erschien. Freilich wußte man dann bald den Grund seines Erscheinens. Es war klar, daß er die Absicht hatte, über die auswärtige Lage zu sprechen. Kurz nach der Eröffnung der Sitzung ergriff er das Wort und legte zum ersten Male für alle Welt offen dar, zu welchen Konzessionen Oesterreich-Ungarn bereit sei, mit den bisherigen Bundesgenossen in Frieden aufzukommen.

Er führte im einzelnen aus:

Meine Herren! Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der geklungenen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten, des Grafen Tisza, werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett in dem aufrichtigen Bestreben, die ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu

ernern und um den dauernden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen

auch territorialer Natur an Italien entschlossen hat, hatte es für zweckmäßig, Ihnen diese Konzessionen zu zeichnen.

Erstens: der Teil von Tirol, der von Italienern wohnt, wird an Italien abgetreten.

Zweitens: ebenso das westliche Ufer des Isonzo, wo die Bevölkerung rein italienisch ist, und die Stadt Gradisca.

Drittens: Triest soll zur freien Stadt gemacht werden. Es wird der italienische Charakter der Stadt gewahrt und eine italienische Universität errichtet.

Viertens: die italienische Souveränität über Venedig und die dazu gehörige Interessensphäre soll anerkannt werden.

Fünftens: Oesterreich-Ungarn erklärt seine politische Uninteressiertheit hinsichtlich Albanien.

Sechstens: die nationalen Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Oesterreich-Ungarn werden besonders berücksichtigt.

Siebtens: Oesterreich-Ungarn erläßt eine Amnestie für militärische und politische Verbrecher, die aus den abgetretenen Gebieten stammen.

Achtens: Wohlwollende Berücksichtigung der Wünsche Italiens über die Gesamtheit der das Abkommen bildenden Fragen wird zugesagt.

Neuntens: Oesterreich-Ungarn wird nach dem Abschluß des Vertrages eine feierliche Erklärung über die Uebertretungen abgeben.

Zehntens: Kommissionen zur Regelung der Einzelheiten der Abteilungen werden eingesetzt.

Elfens: Nach Abschluß des Abkommens sollen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die aus besetzten Gebieten stammen, nicht mehr an den Kämpfen teilnehmen. (Lebhaftes Hört, hört!)

Ich kann, meine Herren, heute hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener Kabinett die volle Garantie für die loyale Ausführung dieser Abmachungen ausdrücklich übernommen hat. (Hört, hört, lebhafteste Zustimmung.) Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben hiermit ein Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziele führt, nach meistenten Ueberzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gut geheißen werden wird. (Sehr richtig!) Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entscheidung, ob es die Erfüllung nationaler Hoffnungen im weiteren Umfange auf solchem Wege erreichen oder ob es das Land in den Schicksal und gegen die Bundesgenossen von gestern und heute — morgen das Schwert ziehen will. (Lebhafteste Bewegung.)

Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Waagschale des Friedens schwerer sein wird als des Krieges. Wie sich aber auch Italien entscheiden möge, in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn haben wir alles Bisherige der Möglichkeit liegend getan, um ein gutes Verhältnis zu stiften, das im deutschen Volke feste Wurzeln faßt hatte, und das den drei Reichen Nutzen und Gutes brachte hat. Wird der Bund von einem Partner zertrümmert, so werden wir in Gemeinschaft mit dem anderen neuen Gefahren zuversichtlich und festen Mutes zu begegnen. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Klatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Der Beifall, der den Worten des Kanzlers folgte, zeigte, wie er dem deutschen Volke auch mit seinen letzten Worten aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Reichskanzler vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Die Kämpfe der Türken.

Ein französischer Kreuzer landete gestern bei Samsun, westlich von Melki an der Südküste von Smyrna 60 Soldaten, die wieder die Flucht ergriffen, als unsere Truppen ihr Feuer eröffneten. Ein anderer Kreuzer landete etwa 100 Soldaten bei Sefat westlich von Teneke. Unsere Truppen vertrieben den Feind, der zehn Tote und viele Verwundete hatte. In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai zogen sich zwei vor den Forts von Smyrna fahrende Kreuzer zurück, nachdem einer von ihnen durch das Feuer unserer Batterien beschädigt worden war. Von den anderen Kriegsschauplätzen ist nichts Neues zu melden.

Französische Landungsversuche bei Smyrna.

Das türkische Hauptquartier teilt am 17. Mai mit:

An der Darbanellefront bei Ari Burnu fand gestern außer schwachem Artillerie- und Infanteriefeuer keine wichtige Aktion statt. Ein kleiner Transport wurde durch unsere Granaten beschädigt. Im Süden bei Sedbul nahmen die Truppen unseres rechten Flügels eine Batterie wieder, die 200 Meter von unseren Stellungen entfernt war.

Die Kämpfe in Ost und West.

Günstiger Stand der Kämpfe bei Czernowit.

Wien, 18. Mai. Nordwestlich Czernowit ist ein heftiger Geschützkampf im Gange. Im Raume Waszkow-Hliniwa, wo der Feind starke Kräfte konzentrierte, wurde ein Durchbruch versucht. Der Verlauf des Kampfes ist uns äußerst günstig. Die russischen Verluste sind groß.

Die drei Waszkow-Hliniwa liegen westlich von Czernowit, südlich des Pruth. Es beträgt die Entfernung Waszkow-Hliniwa 16 Kilometer, Hliniwa-Czernowit 15 Kilometer.

Der Krieg zur See.

Deutsche Tauchboote an der französischen Küste.

Die „Hamburger Nachr.“ melden aus dem Raum nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat der englische Dampfer „Helena“, der mit Getreide aus Argentinien nach England unterwegs war und in der vorigen Woche an der spanisch-französischen Küste die Anwesenheit deutscher Unterseeboote gemeldet hatte, weiter keine Nachrichten mehr gegeben ist bereits überfällig geworden.

Die amerikanische Note.

Was Amerika aus Anlaß der „Lusitania“-Versenkung fordert.

Die am Sonnabend vom amerikanischen Botschafter in Washington am 28. März überreichte Note wird jetzt amtlich veröffentlicht. Es heißt in diesem Schriftstück:

„In Anbetracht der in letzter Zeit von deutschen Behörden unter Verletzung amerikanischer Rechte auf hoher See getroffenen Maßnahmen, die in der Torpedierung und Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania“ am 7. Mai 1915 gipfelten, wobei über hundert amerikanische Staatsangehörige das Leben verloren haben, erscheint es dringend und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Kaiserlich Deutsche Regierung zu einer vollkommen klaren Verständigung über den Ernst der Lage gelangen, die sich hieraus ergeben.“

Die Versenkung des englischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot am 7. Mai 1915, bei der amerikanische Staatsangehörige Leon G. Hawes erkrankt, der am 28. April erfolgte Angriff eines deutschen Flugzeuges auf das amerikanische Schiff „Gulflight“ am 1. Mai durch ein deutsches U-Boot, wobei mindestens zwei amerikanische Staatsangehörige umkamen, und endlich die Torpedierung und Versenkung des Dampfers „Lusitania“ bilden eine Reihe von Vorfällen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit wachsender Besorgnis, Beunruhigung und Verärgerung beobachtet hat.“

Hieran schließen sich längere Ausführungen über die Verletzung der amerikanischen Schifffahrt, des amerikanischen Handels, der Gefährdung des Lebens der amerikanischen Europareisenden. Und zum Schluß stellt die amerikanische Regierung ihre Forderungen:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten, die die Kaiserliche Regierung die Handlungen, über die die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, mitteilt; daß sie, soweit möglich, Genugtuung geben und für unermessliche Schäden, und daß sie sofort die notwendigen Schritte tun wird, um die Wiederholung der Handlungen zu verhindern, die so offensichtlich die Handlungen der Kriegsführung, für die die Kaiserliche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest vertreten ist, umfassen.“

Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erwarten von der Kaiserlichen Deutschen Regierung gerechtes, baldiges und aufgeklärtes Vorgehen in dieser Angelegenheit mit umso größerem Vertrauen, da die Vereinigten Staaten und Deutschland nicht nur in besonderer Bande der Freundschaft, sondern auch durch ausdrückliche Bestimmungen des Vertrages von 1911 zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreich Preußen verbunden sind.

Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot einer Untersuchung im Falle der Feststellung irrtümlich versenkter amerikanischer Schiffe können, wenn sie auch, im Falle Verluste menschlichen Lebens nicht zu beklagen sind, internationalen Beziehungen genügen mögen, doch nicht ein Verfahren darstellen, das den berechtigten Interessen der Vereinigten Staaten und der Kaiserlichen Regierung gerecht ist, neutralen Staaten und Personen und unermesslichen Gefahren auszuweichen.

Die Kaiserliche Deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgend eine ungesprochene oder eine Tat ungeschehen lassen, die notwendig sein sollten, um ihre heiligen Pflichten zu erfüllen, die Rechte der Vereinigten Staaten und der Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Ausübung zu gewährleisten.“

Bezeichnend für die Note ist es, daß in ihr trotz ihrer schallenden Länge keine Silbe davon steht, daß die „Lusitania“ ein bewaffneter Hilfskreuzer der englischen Kriegsmarine war, daß sie Munition von Amerika nach England brachte, daß sie Truppen transportierte und daß sie den Flaggenschwanz inszenierte. Kein Wort, wie gesagt, von all diesen entscheidenden Tatsachen, die ein unaussprechliches Lamento über die angeblich durch Deutschland verursachte Verschärfung des Seekrieges. Der auffallende Sorgfalt geht die amerikanische Regierung um den Kern der Sache herum. Dagegen verlangt nach dem deutschen Unterseekrieg gegen den britischen Handel drei Monate gedauert hat, nachdem die großbritische Regierung durch den Schwindel mit neutralen Schiffen und Abzeichen, durch die Verwaffnung aller Handelsdampfer usw., durch den Befehl an alle Schiffe, bei jeder Gelegenheit angriffsweise gegen deutsche Schiffe vorzugehen, gerade die neutrale Schifffahrt frivoler als je gefährdet hat, — daß das Deutsche Reich den Seekrieg einstellen soll, weil die „Lusitania“ vernichtet wurde. Dieses Verlangen kommt natürlich den heißen Wünschen entgegen, indessen ist es für unsere Regierung ohne Frage ausgeschlossen, ihm auch nur in der geringsten Weise nachzugeben. Gerade unser Unterseekrieg trifft die Engländer an ihrer empfindlichsten Stelle. Und darum werden wir von ihm nicht abgehen. Die Kaiserliche Regierung, die nach Europa reisen wollen, mögen andere Wege einschlagen als den durch das Kriegsgebiet führenden. Die Panfeste bald auf diesen Weg wieder benutzen, mögen sie zuvor die Waffen- und Munitionslieferungen nach England einstellen, die den Krieg verlängern. M.

Politische Rundschau.

Kartoffelversorgung und Kommunalverbände.

Die Reichsstelle für Kartoffelversorgung hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß sie ihren Bedarf an Kartoffeln, den sie zur Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung durch die Reichsstelle zu beziehen beabsichtigen, und dessen Höhe bis zur nächsten Ernte berechnet und mit der Reichsstelle bis spätestens zum 20. Mai anzuzeigen haben. Geht die Anmeldung bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht ein, so kann eine Deckung des Bedarfs durch die Reichsstelle nicht gewährleistet werden. Andererseits sind die Kommunalverbände verpflichtet, diejenigen Mengen, die sie als Fehlbedarf bei der Reichsstelle angemeldet haben, auch unbedingt abzunehmen. Der Reichsstelle steht zur Zeit ein sehr großes Angebot an Kartoffeln zur Verfügung. Die Landwirte drängen auf eine möglichst rasche Abnahme. Um den Bedarfs-Kommunalverbänden die sofortige Abnahme zu erleichtern, werden diejenigen von ihnen, die in der Zeit vom 17. Mai bis zum 31. d. M. die von ihnen bestellten Kartoffelmengen den Ueberschuss-Kommunalverbänden abnehmen,

einen Zuschlag von 1 Mark für den Zentner durch Vermittlung der Reichsstelle gelieferten Mengen als Reichszuschuß erhalten. Dieser Zuschuß ist zum Ausgleich für die Mühe des Lagerens und Behaltens und für die Gefahr des Verderbens und des Schwundes, die bei sofortiger Abnahme zu Lasten des Bedarfs-Kommunalverbandes gehen würde, bestimmt. Bei diesem weitgehenden Entgegenkommen der Reichsfinanzverwaltung wird darauf gerechnet, daß der größte Teil der von den Fehlbedarfsbezirkten benötigten Kartoffeln nunmehr sofort abgenommen werden wird. Bietet doch dieser Zuschlag den Bedarfs-Kommunalverbänden eine wesentlich erleichterte Möglichkeit, mit Hilfe des Handels oder auch auf eigene Gefahr die Lagerung der Kartoffeln innerhalb der Bedarfs-Kommunalverbände ohne Verluste vorzunehmen und sich andererseits die zur Ernährung der Bevölkerung nötigen Mengen bestimmt zu sichern.

Die nächste Abgeordnetenhausung.

Der Senatspräsident des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschloffen, die erste Sitzung nach der Vertagung am Dienstag, den 1. Juni, stattfinden zu lassen. Am Schlusse der Sitzung wird der Präsident dem Hause vorschlagen, ihn zu ermächtigen, eine weitere Plenarsitzung selbständig, aber nicht vor Montag, den 7. d. M., anzuberaumen und die Tagesordnung dafür zu bestimmen. — Das Fischereigesetz wird voraussichtlich in der zweiten Sitzung nach der Vertagung beraten werden.

Portugal.

Attentat auf den neuen Ministerpräsidenten. Aus Lissabon wird gemeldet, daß der neue Ministerpräsident Chagas, der sich auf der Fahrt von Oporto nach Lissabon befand, um sein Amt anzutreten, auf dem Bahnhofe in Entracamento von dem Senator Fretos angegriffen und durch mehrere Revolvergeschüsse schwer verletzt wurde. Chagas wurde in bedenklichem Zustande nach Lissabon gebracht, während Fretos von der erregten Menschenmenge erschlagen wurde. Nach Bekanntwerden des Attentats sind neue Unruhen in „ausgebrochen.“

Schweinefleisch und Preise.

Die Bundesratsverordnung vom 25. Januar verpflichtet die Gemeinden zu einem verstärkten Anlauf von Schweinen. Die Folge war eine ungeheure Preissteigerung. Nach 100 Tagen, am 6. Mai, wurde die Verordnung aufgehoben. Die Absicht ist, eine Einschränkung der Schlachtungen und ein Sinken der Preise herbeizuführen. Tatsächlich waren die Schlachtungen in der Zwischenzeit viel weniger zahlreich, als meist angenommen wird. Der Beweis dafür liefern die Ergebnisse der Trichinen-Schau in Preußen im 1. Vierteljahr 1915, die in der „Statistischen Korrespondenz“ vom 8. Mai veröffentlicht worden sind. Danach betrug die Zahl der im Tagesdurchschnitt auf Trichinen untersuchten Schweine im Januar 59.377, im Februar 59.518, im März nur 47.747. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug im Januar 9165, im Februar 9082, im März nur 539. Im ganzen Vierteljahr wurden diesmal 4.987.323 Schweine auf Trichinen untersucht gegenüber 4.264.826 im 1. Vierteljahr 1914. Die Zunahme betrug 16,94 Prozent, und zwar im Januar 18,25 Prozent, im Februar 18,01 Prozent, im März nur noch 14,20 Prozent. Daß in diesem Jahre die Berichte der Beschauper insolge der Kriegswirren lückenhaft waren, kann das Endergebnis nicht wesentlich beeinflussen haben. Der Schweinebestand, der stets im Winter abnimmt, ist denn wohl auch nicht sehr viel mehr zurückgegangen als sonst. Im ganzen dürfte er sich während der Gültigkeitsdauer der Verordnung von 21 Millionen auf 15–16 Millionen vermindert haben. Die Verordnung, die nicht rechtzeitig erlassen und nicht energisch durchgeführt wurde, hatte also nur schwachen Erfolg.

Sehr lehrreich ist nun ein Vergleich der Preise vor Ausbruch des Krieges, vor Erlass der Verordnung vom 25. Januar und vor Erlass der Aufhebung dieser Verordnung am 6. Mai. Vollfleischige Schweine von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht kosteten für 50 Kilogramm Ende Juli, Mitte Januar und Anfang Mai in Danzig 43 Mark, 60 Mark, 101 Mark, Posen 42,50 Mark, 68 Mark, 100 Mark, Berlin 44,50 Mark, 65 Mark, 110 Mark, Hamburg 41,25 Mark, 58,75 Mark, 105,50 Mark, Frankfurt a. M. 49 Mark, 65 Mark, 102,50 Mark, Elberfeld 46,50 Mark, 65,50 Mark, 102 Mark, Breslau 45 Mark, 62 Mark, 110 Mark, Magdeburg 45 Mark, 64 Mark, 114 Mark, Dortmund 45 Mark, 63 Mark, 108 Mark, Mannheim 46,50 Mark, 63,50 Mark, 96,50 Mark, Köln 44,50 Mark, 64 Mark, 106 Mark, Essen 45 Mark, 65 Mark, 108 Mark.

Am schwächsten war danach die Preissteigerung von Ende Juli bis Anfang Mai in Mannheim mit 107 Prozent, am stärksten in Hamburg mit 156 Prozent.

Es erscheint nun aber sehr zweifelhaft, ob die Aufhebung der Verordnung vom 25. Januar wirklich, wie beabsichtigt, ein Sinken der Preise herbeiführen wird. Denn mit ihr zugleich ist die Verordnung vom 25. Februar aufgehoben worden, die durch Festlegung verhältnismäßig niedriger Uebernahmepreise im Entleerungsstadium das Steigen der Preise eindämmen sollte. Schon findet man denn auch in der Presse einen Aufschub, in dem es heißt: „Die Besitzer von Schweinen brauchen ihre Schweine demgemäß künftig nur noch zu den Preisen abzugeben, die sie für angemessen halten. Irigendwelche Beschränkung der Preisbildung gibt es nicht mehr.“ Und die Preise an den Marktagen nach Erlass der Verordnung vom 6. Mai zeigen denn auch keinerlei Rückgang. Im Gegenteil: der Preis stieg in Breslau von 110 Mark am 3. Mai auf 116,50 Mark am 10. Mai, in Berlin von 110 Mark am 1. auf 116,50 Mark am 8., in Dresden von 92,50 Mark am 3. auf 105,50 Mark am 10., in Mannheim von 96,50 Mark am 3. auf 100,50 Mark am 10., in Köln von 106 Mark am 3. auf 116 Mark am 10., in Elberfeld von 102 Mark am 3. auf 104 Mark am 10. Ein Sinken der Preise ist aber bisher von nirgends gemeldet worden.

Zu anderen Zeiten wäre eine Selbsthilfe der Bevölkerung durch Vorkauf von Schweinefleisch denkbar gewesen. Heute, wo eine allgemeine Knappheit an Nahrungsmitteln herrscht, ist die Bevölkerung wehrlos, nur die Regierung kann helfen.

Dr. A. Kuczynski, Berlin-Schöneberg.

Verrechnet.

John Bull hungert sich selber aus!

Die letzten Feststellungen unserer maßgebenden Stellen haben den Engländern den bestimmten Beweis gebracht, daß ihr menschenfreundlicher Aushungerungsplan

elendiglich daneben geraten ist, daß Deutschland die Zeit bis zur neuen Ernte leicht und sorglos, wenn auch nicht im Überfluß, überleben wird, ohne daß jemand aus Hunger zu denken brauchte.

Man hört denn auch neuerdings öfter aus England die Behauptung: Nein, nicht auf die Aushungerung durch Entziehung der Lebensmittelfuhr kommt es uns in erster Linie an; das ist nur eine Nebenfrage. Hauptsache ist für Herrn Grey, Deutschland wirtschaftlich auszuhungern, es in seiner Volkswirtschaft so zu schwächen, daß es den Krieg trotz günstiger Lage auf den Schlachtfeldern nicht weiterführen kann.

Eine gute Ausrüstung ist einen Taler wert. Mister Grey kennt die Wichtigkeit der öffentlichen Meinung in den neutralen Ländern so genau, daß er ganz gewiß ein Millionen von der neuerdings aus Frankreich bezogenen Milliarden in Gold für einen durchschlagenden Gedanken opfern würde. Diese letzte Auffrischung seines Aushungerungsplans aber wird ihm sicher nicht einmal den üblichen Taler, nicht die kleinste Anerkennung abtrotzen; denn für eine Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse vom Hunger-Gesichtspunkte aus ist für England gerade dieser Augenblick besonders ungeeignet. In wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt England weit mehr als Deutschland. Was sehe sich nur den englischen Außenhandel an:

1. Die Einfuhr (ohne Kriegsmaterial) hat nachgelassen, ist aber weit teurer als früher.

Während z. B. der Wert der Weizeneinfuhr in den drei Monaten Januar, Februar, März 1914 8,6 Millionen, im Januar, Februar, März 1915 dagegen 11,8 Millionen Pfund Sterling, also beträchtlich mehr, betrug, waren im Januar, Februar, März 1914 21,6 Mill. Cwts. Weizen, im Januar, Februar, März 1915 18,6 Mill. Cwts. Weizen, also beträchtlich weniger eingeführt worden. Im Monat März allein betrug in diesem Jahre die Einfuhr von Weizen 5,6 Mill. Cwts. gegen 8,6 Mill. Cwts. im März 1914. Der Preis des Weizens ist somit um fast 50 Prozent gestiegen.

Die braven Pankees lassen sich eben ihre Teilnahme am Kriege bezahlen!

Und außerdem ist die englische Währung auf dem Weltmarkt arg ins Nutschen geraten.

2. Die englische Ausfuhr ist gewaltig gefallen, und die Preise fallen noch viel mehr.

3. A. ist im März 1915 der Wert der englischen Ausfuhr um 32,2 Prozent, der englischen Durchfuhr um 15,4 Prozent geringer gewesen als im März 1914. Nun ist aber zu bedenken, daß der verminderte Ausfuhrwert gegenüber den zu zahlenden größeren Einfuhrsummen deshalb um so schwerer ins Gewicht fällt, weil die Einfuhr sich in erster Linie aus Rohstoffen zusammensetzt, deren Verteuerung also die englische Weiterverarbeitung erschwert, während die englische Ausfuhr in erster Linie eine solche von Fertigzeugnissen ist. So fielen von den 14,3 Millionen Pfund Sterling, die im März 1915 weniger ausgeführt wurden als im gleichen Monat des Vorjahres 12,4 Millionen Pfund Sterling auf die Ausfuhr von Fertigzeugnissen.

Während also England immer mehr für seine Rohstoffe bezahlen muß, verengert sich gleichzeitig immer stärker der Markt, auf dem es seine Erzeugnisse absetzen kann, zum Schaden der Unternehmer und der großen Arbeitermassen.

Und in Deutschland? Un s bedroht keine Arbeitslosigkeit! Was in Deutschland nur irgendwie arbeitsfähig ist, muß heute an die Arbeit um die tiefsten Anforderungen des deutschen Wirtschaftslebens an die Arbeitsleistung des Volkes zu befriedigen. Um schlecht lohnende Ausfuhr gar braucht man sich bei uns wahrlich nicht zu bemühen. Die überlassen wir gerne den Engländern.

So können wir auch mit dem Ergebnis der englischen „Aushungerungspläne“ auf wirtschaftlichem Gebiet zufrieden sein, sehr zufrieden sogar!

B. M.

Vermischtes.

— Ameisen gegen Kriegsungeziefer. Die der „Köln. Volksz.“ aus Kopenhagen mitgeteilt wird, macht Dr. Frisch in Aarhus (Jütland) folgenden Vorschlag betreffend Verwendung von Ameisen: Als ich von den vielen Leiden der durch Ungeziefer geplagten Soldaten las, erinnerte ich mich einer Methode, von der ich seinerzeit erfahren hatte und die von den Soldaten in Indien als ebenso einfach wie radikal bezeichnet wurde. Sie bestand darin, daß man alle „verdächtigen“ Kleidungsstücke neben einen Ameisenhaufen legte. Es dauerte nur eine ganz kurze Zeit, bis die fleißigen Tierchen alles Ungeziefer gefunden und vernichtet hatten, und zwar sowohl die Eier wie auch das voll entwickelte Ungeziefer. In den Waldgegenden des Ostens, wo sich zahllose Ameisenhaufen finden, in deren Nähe Millionen von Ameisen das Terrain absuchen, ließe sich die Hilfe dieser emsigen Tierchen wohl in Anspruch nehmen.

Oberschleifische Schnurren.

— In einer an den „Oberschleifischen Wanderer“ gelangten Zuchtschrift aus dem Felde entwickelt ein Feldgrauer nachstehenden fröhlichen Humor:

„Uns geht es hier in ... ganz gut. Wir könnten den Krieg 10 Jahre lang ertragen. Wir haben hier manche Nothosen abgesehen, die keinen posthisch abgestempelten Waffenschein hatten. Unsere Stimmung ist fidel. Nach einem siegreichen Kampfe hat man anfänglich immer die Empfindung: „Jetzt ist der Krieg gewonnen!“ Beisorgend sende ich Ihnen auch ein paar Bierzeller a la „Oberschleifische Schnurren“:

Es sich schrecklich, wenn ihm tracht.

Kommt sich schneller, als gedacht.

Gut ist, wenn im Grabe liegt.

Schlecht, wenn sich in Freie fligt.

Ueberschrift: „Dem Sprengstoff.“

Fligt sich hin und fligt sich her,

Explodiert und tracht ja fer.

Wenn's man sieht, da is ja gut.

Wenn's nicht, is man schon kaputt.

Ueberschrift: „Der Minenspiel.“

Is Alössel nich, nich Appelline,

Wenn man's schmeißt, macht Krach wie Mine.

Schmeißt man ihm selber, macht ja Spaz.

Schmeißt Feind ihm, heißt: Verfluchter Kas.

Ueberschrift: „Dem Handgranate.“

Um zu räumen

verkaufte bis Pfingsten

spottbillig

Gelegenheitsposten

Herren-Anzüge

aus nur soliden Stoffen

12 15 18 21 Mark

Mehrere hundert

Herren-Anzüge

aus feinen Stoffen

Kosthafter Verarbeitung

25 28 32 36 Mark

Mehrere hundert

Burschen- und Jünglings-

Anzüge

6⁵⁰ 9 12 15 Mark

Gelegenheitsposten

Jünglings-Anzüge

Alter 14-21 Jahre, nur prima Sachen

12 14 18 20 Mark

Knaben-Anzüge

reizende Neuheiten

2⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁷⁵ 7⁵⁰ Mark

Herren-u. Burschen-Hosen

elegante Streifen, guter Sitz

1²⁵ 2⁵⁰ 3⁷⁵ 5 6 8 Mark

Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen

Lüster-, Leinen-, Loden-Anzüge

Knaben-Wasch-Anzüge

in großer Auswahl

riesig billig, da kein Laden.

Verkauf nur Firmungstr. 7

im 1. Stok.

Etage-Geschäft

Nilles

Coblenz

Firmungstraße 7, 1. Etage

Kein Laden.

Einige Chamotteformer

werden bei gutem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht.

Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie

vorm. Friedr. Siemens

Abteilung Chamottefabrik, Würges.

Unser täglich Brot

Zur Selbstherstellung des Brotes empfehle ich

Haus-Bäcköfen

bewährter Konstruktion. — Geringer Brennstoff-Ver-

brauch. — Vorzügliche Back-Resultate.

L. Schweppenhäuser, Coblenz

Inhaber Gebr. Schmahl

Telef. Nr. 252.

Altengraben 17.

Eine

Pracht-Wäsche

erzielen Sie stets durch den Gebrauch meiner seit vielen Jahren

bestrenommierten Spezial-Fabrikate:

Mosella-Seife, garantiert rein u. unversehrt

Krepelin, bestes Salmiak-Terpentin-Borax-Seifenpulver.

In den meisten einschlägigen Geschäften zu haben.

Kgl. Preuss. u.

Herm. Jos. Krepele, Großh. Bad. Hof

Dampf-Seifen- u. Wäsche-Fabrik, COBLENZ

Geschäftsgründung 12. Oktober 1800.

Telefon Nr. 1178.

Besonders preiswert

Hindenburg-Kittel

in neuester Ausführung

Spiel-Höschen

gestreift, grau-weiß

Knaben-Blusen

in allen Größen vorrätig

Knaben-Hüte

weiche und harte Form

0⁹⁵ 1⁴⁵ 1⁹⁵

1⁴⁵ 1⁹⁵ 2⁹⁵

1²⁵ 1⁷⁵ 2⁴⁵

1²⁵ 1⁴⁵ 1⁹⁵

Johann Jacoby

Löhrstraße 23.

COBLENZ

Löhrstraße 23.

Rabatt-Marken bei jedem Einkauf von 25 Pfg. an.

Bekanntmachung

betreffend

Musterung und Aushebung der Landsturm- und Militärpflichtigen II. Aufgebots, sowie derjenigen Militärpflichtigen, welche eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis noch nicht erhalten bezw. beim letzten Kriegserlassgeschäft ein Jahr zurückgestellt worden sind.

Im Termine sind zur Vorstellung verpflichtet alle unausgebildeten Landsturm- und Militärpflichtigen der Jahrgänge 1874, 1873, 1872, 1871, 1870 und vom Jahrgang 1869 nur diejenigen, die nach dem 1. August 1869 geboren sind, sowie diejenigen Militärpflichtigen, welche in den Jahren 1894 und 1895 geboren sind und eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis noch nicht erhalten bezw. beim letzten Kriegserlassgeschäft 1 Jahr zurückgestellt worden sind.

Von der Vorstellung im Musterungstermine sind befreit:

1) Die zu einem geordneten und gesicherten Betrieb der Eisenbahnen, der Post, der Telegraphen und der militärischen Fabriken unbedingt notwendig festgestellten Beamten und ständigen Arbeiter, soweit dieselben ihre Unabkömmlichkeitsbescheinigungen bereits der Ersatzkommission vorgelegt haben.

2) Gemüthskranke, Blödsinnige, Krüppel usw. Dieselben müssen jedoch ein polizeilich beglaubigtes ärztliches Attest, welches ihre Gebrechen bescheinigt, zur Musterung vorlegen.

Die Papiere über die von den Ersatzbehörden ergangenen Entscheidungen sind mitzubringen.

Die Musterung findet nach folgendem Plane statt:

In Montabaur, Hammerleins Gartenlokal, Besitzer Leo vom Ende.

Samstag, den 22. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Montabaur, Alsbach, Arzbach, Bannberscheid, Baumbach.

Dienstag, den 25. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Bladenheim, Boden, Breitenau, Caan, Cadenbach, Dambach, Deesen, Dernbach, Ebernshahn, Eitelborn, Elgenborn, Ellenhausen, Eschelbach, Eversdorf.

Mittwoch, den 26. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Freilingen, Freirachdorf, Gadenbach, Gobbert, Grenzau, Grenzhausen, Hartensfeld, Heiligenroth, Helferskirchen, Herlsbach, Hilgert.

Donnerstag, den 27. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Hilscheid, Höhr, Holler, Horbach, Horreßen, Hüdingen, Hundsbach, Kammerforst, Krümmel, Leuterod, Marienhäusen, Marienrachdorf.

Freitag, den 28. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Maroth, Marxain, Mogenborn, Moscheim, Nauort, Neuhäusel, Niederelbert, Nordhofen, Oberelbert, Oberhaid, Oedingen, Quirnbach, Ransbach.

Samstag, den 29. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Neckenthal, Nackerath, Schenkelberg, Selters, Sessenbach, Sessenhausen, Siershahn, Simmern, Stahlhofen, Staubi, Steinen, Stromberg, Unterschhausen, Velsbach, Welschneuborf.

Montag, den 31. d. Mts., vorm. 7.30 Uhr:

Musterung der Landsturm- und Militärpflichtigen der Gemeinden Würges, Würgesfeld, Würgert, Würgersingen, Würgesborn und Zurbach.

Die Landsturm- und Militärpflichtigen müssen am 7 Uhr am Musterungsorte antreten.

Denselben wird zur Pflicht gemacht, körperlich in reiner Wäsche zu erscheinen.

Die Vorzustellenden haben in nächsterem Zustande den Terminen zu erscheinen und vor der ärztlichen Untersuchung keinerlei alkoholische Getränke zu sich zu nehmen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei ungebührlichem Benehmen oder bei Trunkenheit sofort in das Lokal abgeführt, erst am folgenden Tage vorgeführt, überdies streng bestraft werden.

Wer ohne genügende Entschuldigung sich nicht Musterung stellt, hat schwere Strafen zu gewärtigen.

Montabaur, den 11. Mai 1915.

Der Zivilvorsteher der Ersatzkommission.

Der Landratsamtsverwalter:

Bertuch,

Regierungsrat.

Die Gemeindesteuerliste des Steuerjahres 1915, haltend die Veranlagung zur Einkommensteuer derjenigen Personen, die ein Jahres-Einkommen von nicht mehr als 900 Mark haben, liegt vom 19. d. Mts. bis einschl. den 3. Juni d. J. zur Einsicht auf dem Bürgermeisteramt (Borm. 10.00) offen. Einsprüche gegen die Veranlagung müssen innerhalb 4 Wochen nach beendeter Offenlage bei dem Gemeindevorstande schriftlich erhoben werden.

Höhr, den 18. Mai 1915.

Dr. Arnold, Bürgermeister.

Montabaur, den 9. Mai 1915.

Es ist mir aufgefallen, daß die verkehrspolizeilichen Bestimmungen auf den öffentlichen Straßen nicht hinreichend beachtet werden. Anstatt die rechte Straßenseite zu benutzen bewegen sich die Fuhrwerke vielfach grundsätzlich auf der Mitte der Straße. Die Bestimmungen über das Ausweichen entgegenkommender oder überholter Fuhrwerke werden in vielen Fällen nicht beachtet. Besonders häufig habe ich beobachtet, daß Ochsen- und Kuhfuhrwerke ohne Leine geführt werden, obwohl der Leiter, was in diesem Falle unzulässig ist, auf dem Wagen sitzt.

Ich habe die Gendarmen angewiesen, jeden Verstoß gegen verkehrspolizeiliche Bestimmungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich in jedem Falle, wenn eine Anzeige gelangt, eine Mindeststrafe von 3 Mark, in jedem Wiederholungsfalle, sofern seit der letzten Verurteilung 3 Monate noch nicht abgelaufen sind, aber 9 Mark zu verhängen.

Der Landratsamtsverwalter

Bertuch

Regierungs-Rat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Wird veröffentlicht.

Höhr, den 14. Mai 1915.

Die Polizeiverwaltung.

Dr. Arnold.

Wir bewahren ein kostbares Gut, wenn wir alle inneren und äußeren Angelegenheiten, insbesondere Kriegsanlagen und Briefe unserer im Felde stehenden Angehörigen, sicher stellen und verhindern, daß die Briefe u. s. w. in die Hände der Feinde gelangen und vernichtet werden. Wie sehr gerade solche Umgebungen von Kampfgenoßen die Nachwelt das lebendige Verständnis der Zeit, in der sie leben, zu vermitteln! Sie werden den kommenden Generationen als leuchtendes Beispiel der Pflichterfüllung dienen. Man stelle mir nach dem Feldzuge, wenn die Krieger wieder über den heimlichen Gefilden lächeln, diese Briefe zur Verfügung, um auszuforschen, was der Krieg ihnen entziffen zu werden verdient.

Höhr, den 14. Mai 1915.

Der Bürgermeister: Dr. Arnold.